

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Timmer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 36

Charlottenburg, Freitag, den 4. September 1908

Jahrg. 35



## Sperrern

**Wollsperrern in Deutschland:** Cortendorf. Höhr. Lauf. Mannheim. Stogheim. Sörnewitz.

**Salbsperrern in Deutschland:** Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Geene, Eckert & Menz). Königszell. Neuhalbensleben (Hubbe). Deslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperrern in Oesterreich:** Altrohla (Gottl und Lorenz). Brünn. Linz a. Donau. Merkersgrün. Prag (für Industrie- und Figuren-Maler).

## Partei Vorstand und Maifeier.

In dem für den Parteitag in Nürnberg bestimmten Jahresbericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt es in bezug auf die Maifeier:

Die Maifeier hatte im Berichtsjahre in einigen Distrikten unter der schweren Krise des Wirtschaftsjahres 1908 zu leiden. Aus den meisten Bezirken wird aber über einen durchaus günstigen Verlauf der Feier berichtet, besonders aus Orten, in denen zum 1. Mai Umzüge stattfinden konnten. Wenn infolge der Depression in Handel und Industrie auch nirgends große Fortschritte zu verzeichnen waren, so ist im allgemeinen doch von keinem Rückschritt die Rede.

Für die Maifeier ist der Beschluß des Internationalen Kongresses in Amsterdam maßgebend, nach dem die Arbeitsruhe als die würdigste Art der Feier anzusehen ist. Die deutsche Delegation des Internationalen Kongresses zu Stuttgart trat vor dem Stuttgarter Kongreß zusammen und beschloß, dem Kongreß keinen Antrag, die Maifeier betreffend, zu unterbreiten. Zur besseren Durchführung des Amsterdamer Beschlusses sollte von Partei und Gewerkschaften gemeinsam die Unterstützung der bei der Maifeier Gemäßregelten geregelt werden. Die deutsche Delegation faßte folgenden Beschluß:

„Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages nieder gelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

„Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist fest zu legen, von welchem Zeitpunkt und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.“

Dieser Beschluß hatte die grundsätzliche Bedeutung, daß Partei und Gewerkschaften an der finanziellen Verantwortung beteiligt sind. Ueber das Wie der Beteiligung sollte der Essener Parteitag entscheiden. In der kurzen Zeit zwischen der Stutt-

garter und der Essener Tagung konnte eine Einigung über die in Betracht kommenden Einzelheiten nicht erzielt werden. Nach eingehender Debatte beschloß der Essener Parteitag:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Stuttgarter Delegation weiter zu führen.“

Für den Fall der Verständigung sollte schon die diesjährige Maifeier auf Grundlage dieser Verständigung stattfinden.

Die erneuten Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zeigten, wie schwierig es ist, die Unterstützungsfrage einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Die Verhandlungen zogen sich so in die Länge, daß für die diesjährige Maifeier die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Generalkommission fast allenthalben außer Betracht bleiben mußten.

Die Vereinbarungen hatten folgenden Wortlaut:

„Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gemährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Ausperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Ausperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützungen allein zu übernehmen.“

Diese Vereinbarungen fanden in den Gewerkschaftskartellen und in den Parteiorganisationen vielfachen Widerspruch. Auch die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher beschloß, daß diese Vereinbarungen für die Schuhmacherorganisation nicht bindend seien und daß nach wie vor die Gemäßregelten aus der Kasse des Zentralverbandes Unterstützung erhalten sollten. Die Vereinbarungen wollten keinen Zentralverband, der statutengemäß bei Malausperrungen Unterstützung zahlt, daran hindern. Nur sollte ein solcher Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen durch die Vereinbarungen nicht begründet werden. Weiter wurde geltend gemacht, daß das Verlangen

nach einer Bildung örtlicher Fonds dem Prinzip der Zentralisation widerstrebe. Das ist nicht zutreffend. Inwieweit es möglich ist, die Maifeier durch ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, zu begehen, das wird immer von der Stärke der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der einzelnen Orte abhängen. Gerade weil das Maß der Durchführung der Arbeitsruhe nicht von den Beschlüssen der Zentralen, sondern von den Beschlüssen der Orte abhängt, deshalb ist eine Beteiligung der örtlichen Organisationen auch an der finanziellen Verantwortung zweckentsprechend.

Der deutsche Gewerkschaftskongreß hat in Hamburg in seiner Sitzung vom 23. Juni nach längerer Debatte mit allen gegen 22 Stimmen den Vereinbarungen zugestimmt, aber mit 178 gegen 101 Stimmen gleichzeitig beschlossen, daß Generalkommission und Parteivorstand bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß nochmals über eine anderweitige örtliche Regelung der Unterstützungsfrage verhandeln sollen. Bessere Vorschläge wurden auch auf dem Gewerkschaftskongreß nicht gemacht.

## Verbands-Angelegenheiten

### Berichtigung zum Protokoll der Generalversammlung.

Auf Seite 122 des Protokolls, letzte Zeile, ist eine Summe von 1800 M. angegeben. Das ist falsch und muß heißen circa 1000 M.

### Aus Mitgliederkreisen.

#### Zur Berichtigung.

Der Genosse Ahmus - Spandau sagt in Nr. 34 der „Ameise“ unter anderem: „Außerdem wird mir verübelt, daß meine Berichterstattung von der Generalversammlung der Wahrheit entsprechend war. Auch der Genosse Herden hat dies in Charlottenburg mir gegenüber getan, indem er sagte, wenn alle Delegierten so berichten, dann brauche man sich nicht zu wundern, daß die Mitglieder erregt werden. Auf eine diesbezügliche Frage von mir konnte er aber nicht sagen, was ich falsch gesagt hätte. Also falsch berichten, — zum mindesten rosig gefärbte Berichte sollte ich geben.“

Ich soll demnach dem Genossen Ahmus verübelt haben, daß seine Berichterstattung der Wahrheit entsprechend, zugleich aber den Beweis schuldig geblieben sein, was falsch im Bericht war! Genosse Ahmus, wie reimt sich das zusammen? Ich bin der Letzte, der es einem Delegierten verübelte, wenn er einen objektiven Bericht gibt. Ich habe aber im Gegenteil durch die oben zitierte Behauptung Ahmus seine Berichterstattung als nicht objektiv bezeichnet, bin aber auch keineswegs den Beweis dafür schuldig geblieben. Das geht schon daraus hervor, daß ich gezwungen war, in der betreffenden Versammlung, welche bis 2 1/2 Uhr nachts dauerte, wiederholt und in längeren Ausführungen gegen Ahmus und seine Gesinnungsgenossen zu polemisieren. Es wäre mir doch gar nicht eingefallen, gegen Ahmus und seine Berichterstattung zu sprechen, wenn die letztere objektiv und der Wahrheit entsprechend gewesen wäre. Wie objektiv der Bericht war, geht schon aus Folgendem zur Genüge hervor. Ahmus führte aus: Er hätte sich eine Generalversammlung und deren Verlauf ganz anders vorgestellt. Die Delegierten wären mit Nebensachen voll gepropft worden. Die Vorstandsvertreter hätten stundenlange Reden gehalten, es wäre denselben gar nicht darauf angekommen, den ersten Satz der Rede sofort durch den zweiten aufzuheben, resp. zu widerlegen, sie hätten sich in fortwährende Widersprüche verwickelt. Das Prinzip der Vorstandsvertreter wäre nur gewesen, recht lange zu reden; Was? Das war Nebensache! Nur um die Delegierten müde zu machen, um dieselben nicht zu Worte kommen zu lassen, wurde geredet. In diesem Ton ging es weiter.

Die Mitglieder haben ja bereits das Protokoll in Händen und werden wohl selbst beurteilen können, ob eine derartige Berichterstattung der Wahrheit entspricht, und ob dieselbe auf Objektivität Anspruch erheben kann.

Wie aber die von Ahmus aufgestellten Behauptungen zu bewerten sind, sei auch durch folgende Beispiele gezeigt. Er sagt in seinem Artikel weiter: „Zum Beweise, daß es aber nicht an meiner Berichterstattung lag, indem die Mitglieder auch dort sehr aufgeregt waren, — führe ich die beiden Genossen Herden und Schneider an, welche in der ersten Zahlstellenversammlung in Charlottenburg, welche nach der Generalversammlung stattfand, anwesend waren, noch erregter verließ, ich aber den Bericht noch nicht gegeben hatte.“

Die erwähnte Zahlstellenversammlung ist gar nicht erregt verlaufen; denn in derselben ist nichts verhandelt worden, was

geeignet gewesen wäre, eine Erregung hervor zu rufen. Ueber die Generalversammlungs-Beschlüsse ist überhaupt nicht diskutiert worden. Wohl versuchte ein Mitglied eine Diskussion hierüber herbei zu führen: es fand jedoch keinerlei Unterstützung durch die anderen anwesenden Mitglieder. Die betreffende Versammlung hat überhaupt nur eine halbe Stunde getagt; denn sie wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet und um 10 Uhr schon wieder geschlossen, weil die Tagesordnung erschöpft war. — Weiter sagt Ahmus: „Zu den Leuten kann ich mich nun nicht rechnen, die nach Jaas — „erst die Nase in unsere Bewegung gesteckt hätten.“ Auch die übrigen Mitglieder werden dies nicht auf ihre Person beziehen wollen; denn es sind einige dabei, die schon organisiert waren, ehe Jaas die ersten Hosen kriegte. Aber auch diese stimmten geschlossen für unsern Antrag.“

Die 38 am Schluß des 2. Quartals 1908 in Spandau vorhandenen Mitglieder sind in den Verband eingetreten: Je 1 Mitglied im Jahre 1885, 1893, 1894, 1898, 1899 und 1903. Je 2 Mitglieder im Jahre 1892, 1895, 1900 und 1907. 7 Mitglieder im Jahre 1904, 3 Mitglieder, im Jahr 1905, 4 Mitglieder im Jahre 1906 und 10 Mitglieder im Jahre 1908.

W. Herden.

### Zur Aufklärung.

Da auch in der Nr. 34 der „Ameise“ die Angriffe gegen mich ihren Fortgang nehmen, kann mir niemand verdenken, daß ich mich dagegen wehre und mir überhaupt vorbehalte, in dieser Angelegenheit das letzte Wort zu nehmen, weil ich der zuerst und zu Unrecht Angegriffene bin. Vor allen Dingen will ich die Ente, welche der Genosse Frischmuth in die Welt gesetzt hat, mit der auch der Genosse Zietsch schon zweimal gekrebst hat, wegfangen. Richtig ist folgendes: Die Genossen Frischmuth, Mühlhofer, Kellermann und meine Wenigkeit waren vor allen Dingen dafür, die Unterstützungsätze und die Prämie auf alle Fälle nicht zu kürzen. Nach Schluß der zweiten Kommissionsitzung bat mich Genosse Frischmuth, ihm beim Formulieren des schriftlichen Berichts an das Plenum zu helfen. Nachdem wir fertig waren, sagte ich zu Frischmuth, daß er nicht vergessen möchte, bei der Berichterstattung das Plenum zu bitten: In Anbetracht, daß die Dreizehner-Kommission die Beiträge so stark erhöhte, es nun auch bei den bisher bestehenden Unterstützungsätzen und hauptsächlich den Prämien zu belassen. Wie nun der Genosse Frischmuth etwas anders behaupten kann, verstehe ich nicht. Wollte ich ebenso verfahren, so würde mancher Delegierter in ein schlechtes Licht gerückt und des Streits würde kein Ende sein. Die Ente hätte Frischmuth sich auch sparen können. Dann meint der Genosse Zietsch in Nr. 34: Daß ich es vermeide, auf dessen sachliche Bedenken gegen die Anträge Spandau etwas zu erwidern. Dazu betone ich folgendes: Ich bin als Vorsitzender nicht absolutistisch, die übrigen Verwaltungsmitglieder haben mit zu bestimmen. Meine in Nr. 34 veröffentlichte Berichtigung war doch nur eine persönliche Notwehr, damit konnte ich doch nicht Zahlstellenangelegenheiten verquicken. Nachdem hierüber eine Ausschußsitzung stattgefunden, bin ich beauftragt, dem Genossen Zietsch mitzuteilen, daß es die hiesige Verwaltung ablehnt, mit demselben weiter über die Unrichtigkeit oder Richtigkeit der Begründungen der Anträge der hiesigen Zahlstelle zu diskutieren, weil dieselbe es einseht, daß dann die Diskussion kein Ende nimmt, auch hier die nötige Zeit dazu fehlt. Dann meint Genosse Zietsch, ich könnte ja beweisen, daß ich in keiner Zahlstelle für die außerordentliche Generalversammlung Propaganda gemacht hätte. Trotzdem mir diese Zumutung etwas sonderbar vorkommt, will ich doch dem Genossen Zietsch folgendes erklären: Ehe der Antrag Spandau das Licht der Welt erblickte, war ich mit meiner Berichterstattung bis auf eine Zahlstelle fertig. Nun konnte ich doch schlecht für oder gegen ein ungeborenes Kind sprechen, wo ich überhaupt noch nicht wußte, daß jemand hiermit schwanger ging. Ich möchte hierbei noch die Frage aufwerfen: Wenn nun in Charlottenburg der Antrag auf eine außerordentliche Generalversammlung angenommen wäre — was doch nur an seinem Faden hing — dann hätte dies Spandau 14 Tage später nicht mehr tun können — gegen wen wäre dann das Kesseltreiben eröffnet worden? — Genosse Zietsch scheint ja meiner Erklärung und der Resolution Spandau immer noch nicht zu trauen. Ich könnte ja durch ein paar Federstriche nach weisen, daß man auf dem Holzwege ist, in mir den Antragsteller zu suchen, indem ich den Namen desselben nenne. Dies vereinbart sich aber nicht mit meinen Prinzipien. Nach Einsichtnahme des Protokolls und Durchlesen der von Zietsch zitierten Seite 148, Absatz 6, 3. bis 7. Zeile, sehe ich zu meinem Erstaunen, daß ich in meiner Unkenntnis genau so berichtet habe, wie es hier

steht: Die Zwangsversicherung bleibt bestehen, die Beitragsfestsetzung bleibt den Zahlstellen überlassen usw. Natürlich aber in den Verdienstgrenzen, welche die Generalversammlung fest gesetzt hat, den Höchstbeitrag von 60 Pfg. bei 18 Mt. wöchentlichen Verdienst. Nach den Ausführungen von Zietsch in Nr. 34 kann man aber zu der Annahme kommen, daß es den Zahlstellen überhaupt überlassen bleibt, die Mitglieder einzuschätzen wie sie wollen. Zum Beispiel: Die eine Zahlstelle würde fest setzen, daß von 18 Mt. 60 Pfg. zu zahlen wären, wohingegen eine andere dies erst bei einem wöchentlichen Verdienste von 22 Mt. verlangen würde. Wenn dies tatsächlich zutrifft, dann hätte der Vorstand schon längst eine diesbezügliche Erklärung veröffentlichen müssen, denn viel Erregung wäre in Mitgliederkreisen gespart worden und ich glaube sicher, der Antrag Spandau hätte dann das Licht der Welt nicht erblickt. Hier tut schnelle Aufklärung not. Dann fällt in Nr. 34 Genosse Fehst-Fürstenberg über mich her, daß ich auf der Generalversammlung durch Kritik zu Unrecht den Genossen Zietsch angegriffen hätte. Aus übergroßer Rücksicht gegen mich, verschweigt derselbe aber, was dies wäre. Um nun auch gegen diesen guten Freund reinen Tisch zu machen, sehe ich mich genötigt, den Sachverhalt zu erklären: Ich sprach gegen die Bewilligung eines Expedienten für Zietsch und begründete dies folgendermaßen: Wie wohl auch ich auf dem Standpunkt stehe, daß sich unsere Verbandsbeamten politisch betätigen sollen, so sind die vielen Aemter, welche Zietsch nebenbei ausführt, doch des Guten etwas zu viel und es könnte leicht dazu kommen, daß derselbe die Begriffe verwechselt und seine eigentliche Tätigkeit als Nebenbeschäftigung ansteht. Außerdem rügte ich scharf, daß Zietsch täglich ein paar Tagesstunden bei dem Drucker der Ameise, Goerke, gegen Bezahlung in einem Arbeitsverhältnis stände. Da Goerke ein Unternehmer ist wie alle andern, Zietsch als Vertreter des Verbandes darauf zu sehen hat, daß wir bei Lieferung der „Ameise“, Drucksachen usw. von demselben nicht überteuert werden, so kommt Zietsch doch in einen eigenartigen Zwiespalt, wenn er quasi seinem Arbeitgeber gegenüber unsere Interessen wahren will. Außerdem, wo alle übrigen Beamten über Arbeitsüberlastung klagten, könnte Zietsch lieber dort helfen, wenn außer dem Expedieren der Ameise noch Zeit übrig wäre. Auch könnten andere Organisationen leicht zu der Annahme kommen, daß wir unsere Angestellten so jämmerlich bezahlen, daß sie auf Nebenbeschäftigung angewiesen wären. Bei diesen meiner Ausführungen machte Genosse Zietsch den Zwischenruf, daß unsere Unternehmer die Modelleure ja auch nicht mit Kohlentarren beschäftigten.

Hieraus müßte man entnehmen, daß der Expedient nicht gefordert wurde, weil Zietsch es nicht mehr schaffte, sondern derselbe das Expedieren der „Ameise“ als eine ihm nicht zusagende Beschäftigung ansah. Nun weiß ich ja nicht, ob man Zietsch bei dessen Bewerbung um den Redakteurposten verschwiegen hat, daß außer dem Redigieren unseres wöchentlich erscheinenden Blättchens die Expedition mit dazu gehört. Wenn all die Schreier in den letzten Ameisen mich auf der letzten Generalversammlung lieber unterstützt hätten — daß wir in dieser Sache reinen Tisch machen konnten, das wäre besser gewesen. Trotzdem ich die Genugtuung hatte, daß der Expedient abgelehnt wurde, hat mir Zietsch nicht die Zusicherung gegeben, daß er seine Tätigkeit bei Goerke einstellen will. Dies alles ist nach Fehst-Fürstenberg von mir kleinlich gewesen, während ich es als den Anfang der Korruption bezeichne. Da ich überhaupt auf der Generalversammlung die an Personenkult grenzende Wehräucherung über Einzelne nicht mitmachte, sondern, was Schäden und Mißstände waren, als solche bezeichnete, auch auf Abhilfe gedrungen habe — hat man jetzt die frische, fröhliche Jagd auf mich eröffnet. Denn was Fehst in ziemlich plumphen Worten mir vorwirft, tut Zietsch in viel feinerer Weise, indem er schreibt: „Ich weiß, Ahmus hatte den Kopf gerade voll genug von den verschiedenen Anträgen usw.“ Nach all diesem drängt sich mir unwiderstehlich die Vermutung auf, daß Zietsch mich aus persönlichen Motiven heraus immer wieder anzapft. Diese meine Ansicht wird noch hierdurch bestärkt: Die Veröffentlichung der Anträge Spandau waren im Manuskript unterzeichnet: Im Auftrage der Zahlstelle Spandau — folgen sämtliche Unterschriften der Verwaltungsmitglieder. Wie kommt nun Zietsch dazu, alle Namen wegzulassen außer dem meinen, noch ohne die Bezeichnung „Vorsitzender“. Da mußten ja die Mitglieder außerhalb auf den Gedanken kommen, daß ich der Antragsteller wäre, wenn dies auch dreist ihr unkollegiales Verhalten mir gegenüber nicht rechtfertigt. Denn ehe man jemand in dieser Weise öffentlich angreift, beschafft man sich erst stichhaltige Beweise. Im übrigen möchte ich die Mitglieder bitten, das Protokoll durchzulesen, ob sie irgend etwas finden, welches mich bloß stellen könnte, oder ich

irgend eine Behauptung als unwahr zurück nehmen mußte. Wenn ich mich aber auch in Zukunft gegen Anwürfe wie von Fehst und ähnliche verteidigen müßte, so würde mir mit der Zeit das Verständnis kommen, daß einem unter Umständen Gefühle beschleichen können, wie sie der alte Fritz bei Kunersdorf gegen die Russen in Worte kleidete. Auch die beiden mir sehr sympathischen Genossen Meinhardt-Kahla und Oswald-Königsee können es sich nicht verkneifen, die Mode mit zu machen und einen Stein nach mir zu werfen. Die beiden Genossen werden nun ja wohl schon ihre Vorelligkeit bereut haben, und wird dann wohl Meinhardt seinen „tapferen General“ wieder dahin nehmen, wo er ihn fortgeschickt hat, nachdem derselbe gesehen, daß ich kein Fähnlein zur Sammlung heraus gesteckt habe. Besser, auch für die Allgemeinheit, wäre es, wenn dieser Familienstreit endlich mal ein Ende nähme.

Spandau, den 24. 8. 1908

Wilhelm Ahmus.

Ein Nachwort. So sehr mich auch die Kollegen dauern, die all dieses Zeug in der „Ameise“ — schließlich wider ihren Willen und gegen ihre Neigung — lesen müssen, bin ich doch gezwungen, einiges inbezug auf die vorstehenden Zeilen zu sagen.

Da die Zahlstelle Spandau erklärt: Auf sachliche Diskussionen über ihre Anträge sich nicht einzulassen, kann ich mich kurz fassen. Ich brauche nur auf die persönlich gefärbten Anrempelungen Ahmus einiges zu erwidern. Und so gering die Neigung der Zahlstelle Spandau für eine sachliche Debatte ist, so groß ist das Gefallen ihres Vorsitzenden an der Aufrollung und Breittretung persönlichen Tratsches. Damit fing Ahmus auf der Generalversammlung an, als er die Delegation Wollmanns zu dem internationalen Kongreß in Limoges kritisierte, und damit hörte er auf, als er in verschiedenen Ansätzen meine „Korruption“ der Generalversammlung „aufdeckte“.

Der gute Wilhelm Ahmus! Er zog gegen die „Korruption“ zu Felde und wäre ihr bald selbst zum Opfer gefallen. Und das wäre so gekommen: Ich stehe zwar in keinem Arbeitsverhältnis zu unserem Drucker und hatte niemals ein solches inne, ich war auch niemals dem Drucker gegenüber zu irgend etwas verpflichtet, aber wir bildeten eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zur skrupellosen Ausnutzung des Verbandes. Unser Plan war, den Verband nach Strich und Faden auszunutzen. Dazu sollten die Vorstandsmitglieder bestochen werden, die Bureaubeamten gleichfalls. Und Ahmus wäre schließlich auch in die Lage gekommen, zwischen seiner spartanischen Ehrlichkeit und dem Bezuge eines Gewinnanteils aus der Druckerei zu wählen, wenn er in den Vorstand gewählt worden wäre. Aber da Ahmus, wie man sich erzählt, die Vorstands-Sitzungs-Diäten nicht hoch genug fand, ließ er sich nicht wählen und entging so der Gefahr, mit in die „Korruption“ hinein zu geraten. So blieb also der Delegierte von Spandau-Charlottenburg ohne Weiteres der unerschrockene Streiter für Recht und Wahrheit, für niedrige Beiträge und dito Beamtengehälter. Ich aber bin immer weiter auf der Bahn der Korruption getrieben worden. In sündiger Verstocktheit fiel ich Ahmus nach seiner „Enthüllung“ nicht reumütig zu Füßen, gestand nicht beschämt meine „Korruption“ ein, sondern ich glitt immer tiefer. Da es aber mit der Einträglichkeit aus der Korruption durch die Druckerei zu langsam geht, plündere ich nun in den Momenten, wo der Geldschrank im Kassenzimmer unbewacht ist, die Verbandskasse direkt aus. Den Ertrag teile ich mit meinem „Arbeitgeber“. Da ist es denn kein Wunder, daß die Verbandsfinanzen schlecht stehen und Genosse Herden nicht weiß, wo das Geld bleibt. Er denkt, das liegt an den ungenügenden Beiträgen. — So schaffe ich mir durch meine „Korruption“ auf Verbandskosten ein kolossales Einkommen. Ebenso durch meine reichhaltige und vielseitige politische Tätigkeit. Ahmus, der darüber sprach, ahnt ja gar nicht, was man alles für Einkünfte als Stadtverordneter, Reichtags- und Landtagswahlkandidat, als Wahlvereinsvorsteher zc. hat. Jedem einigermaßen „korrupten“ Menschen ist es möglich, aus diesen Aemtern ungemessene Einnahmen zu ziehen. Und das hat mich denn auch dazu gebracht, „Die Ameise“ nur noch im Schlafe zu redigieren. —

Wer mir das alles nicht glaubt, der frage nur Wilhelm Ahmus! Der weiß alles, was mich angeht, viel besser wie ich selbst. Und wenn er es nicht weiß, dann wissen es seine Hintermänner ganz sicher.

Im übrigen wird mir wohl kein einsichtiger Kollege zumuten, auf das Gewäsch von Ahmus im Ernste einzugehen. Was ich dazu zu sagen hatte, habe ich auf der Generalversammlung gesagt. Diese gab sich mit meiner Erklärung zufrieden. Es wurde kein Wort mehr darüber gesprochen. Und auch Ahmus erklärte sich stillschweigend zufrieden damit. Wenn er nun mit demselben ungereimten Zeug von „Korruption“ und anderen Phantasien

nochmals kommt, so ist das seine Sache. Meinetwegen kann er von mir erzählen und schreiben was er will. Aber er soll Rücksicht auf die übrigen Mitglieder und deren Langmut und auch auf unsere eigentlichen Verbandsaufgaben nehmen. Sintermalen der Mehrzahl unserer Verbandskollegen diese persönlichen Reibereien, diese Empfindsamkeiten, dieser haltlose Klatsch und öde Tratsch bereits zum Halse hinaus wächst. Und das mit Recht!

F. Bietzsch.



## Aus unserem Berufe

**Kahla.** Gelegentlich eines Besuches des Städtchens Kahla kam der Herzog von Altenburg auch in die Kontor- und Musterlageräume der Porzellanfabrik, Akt. Ges. Kahla. Aus welchem Grunde nicht auch die Fabrikräume besichtigt wurden, konnten wir nicht erfahren. Einige Tage nach dieser Visite veröffentlichte der Bürgermeister von Kahla eine Dankagung des Herzogs und dessen Frau. Diese Dankagung schloß mit den „besten Wünschen Ihrer Hoheiten für eine baldige Wiederbelebung des Geschäftsganges in der Porzellanindustrie und für die fortschreitende Entwicklung von Handel und Wandel in unsrer Stadt.“ Die ganze Dankagung konnten wir aus dem Grunde nicht bringen, weil die Länge des Satzes — die ganze Dankagung war ein Satz — unsere nicht juristisch gebildeten Leser leicht zum Schwindeln bringen konnte. — Auch uns und den Kollegen in Kahla würde die Wiederbelebung nur angenehm sein. Und wir sind sicher, hätte der Herzog auch die Arbeitsräume der Fabrik gesehen, hätte er vor einem Brennofen, der gerade ausgenommen wurde, gestanden, und hätte er sich nach den Löhnen der Arbeiter und nach ihrer jetzigen Lage, die durch beschränkte Arbeitszeit noch verschlimmert wurde, erkundigt, der Wunsch nach einer baldigen Besserung würde vielleicht noch viel lebhafter geäußert worden sein.

**Neustadt b. Coburg.** Man berichtet: Durch die immer schärfer und verheerender hereinbrechende Krise ist auch die hiesige Porzellanindustrie arg in Mitleidenschaft gezogen worden. In der Porzellanfabrik von Knoch soll nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet werden; während der übrigen drei Tage soll der ganze Betrieb ruhen. —

**Sörnewitz.** Ueber die beiden der Aktien-Gesellschaft gehörenden Steingutfabriken ist die Sperre verhängt. Wir ersuchen die Mitglieder darum, jeden Zuzug nach Sörnewitz zu vermeiden.



## Vermischtes

**Marg-, Lassalle-, Bebel- und Singerporträts** werden von der lithographischen Anstalt Schlick & Schmidt in Saalfeld a. S. als Abzüge für Porzellanwaren hergestellt. Zweifellos macht die Firma dabei ein gutes Geschäft; denn das allein dürfte sie mit den Namen der Genannten vertraut machen. Von ihrem Geist lebt umso weniger in der Firma, wie folgende, der „Graphischen Presse“ entnommene Zeilen beweisen: „Gemäßregelt wurde von der Firma Schlick & Schmidt in Saalfeld a. d. Saale der Vorstehende unserer Saalfelder Mitgliedschaft, der ungefähr während der Hälfte seines Lebens, nämlich 23 Jahre hindurch, für die Firma Mehrwert erzeugt hat. Der „Arbeitsmangel“, den die Firma als Kündigungsgrund angab, ist auf einmal so groß, daß man ihm die Vorausbezahlung seiner vierzehntägigen Kündigungsfrist anbot, damit er die Anstalt sofort verlassen könne. Um für die Berechtigung ihrer noblen Handlungsweise Kronzeugen zu haben, suchte die Firma 4 Abteilungsleiter zur Unterzeichnung des folgenden Schriftstückes zu veranlassen: „Hiermit bestätigen Unterzeichnete, daß die Leistungen des . . . zu dem Lohn von 35 Mk. nicht auf der Höhe der Zeit stehen und die angefertigten Lithographien des . . . zu dem Lohn von 35 Mk. durchaus minderwertig zu bezeichnen sind.“ Die vier Abteilungsleiter haben als Ehrenmänner dieses Ansinnen, für das wir uns jedes Wort der Kritik ersparen können, entschieden abgelehnt. Sie hätten die Unterzeichnung auch vor ihrem Wahrhaftigkeitsgefühl nicht verantworten können, denn noch vor zwei Jahren sah ein Zeugnis der Firma, das unserem Kollegen bei seiner Aussperrung (bis zu der er Oberlithograph war) ausgestellt wurde, so aus: „Herr . . . war lange Jahre bei uns in der keramischen Abteilung als Oberlithograph beschäftigt und ist seinen Obliegenheiten zu unserer vollen Zufriedenheit nachgekommen Schlick & Schmidt.“ — Wäre es angeht dieses Falles, dem noch andere gleichartige

zur Seite gestellt werden können, nicht bedeutend richtiger, die Firma verzichtete auf die Herstellung von Porträts der Genannten und legte sich dafür auf die Vervielfältigung der interessanten Gesichtszüge von Stumm, Liebert, Bueck und andere Arbeiter „Freunde“? Oder ist damit kein Geschäft zu machen?

**Deutscher Ortskrankenkassentag.** Zu Beginn der zweiten August-Woche tagte in Braunschweig die 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche. Die Versammlung war von etwa 400 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besetzt. Neben je einem Vertreter des Staatsministeriums, der Stadtverwaltung und Handelskammer war ein Vertreter der österreichischen Reichs-Krankenkassenkommission anwesend. Zunächst referierte Fräb Dorf-Dresden über den Bericht der geschäftsführenden Kasse über das letzte Geschäftsjahr. Er hob besonders die Entwicklung des Zentralverbandes rühmend hervor. — Aus der übrigen sehr reichhaltigen Tagesordnung sei vor allem erwähnt ein Referat des Professors Dr. Frank-Berlin über „Gewerbekrankheit und Unfall“. Der Referent legte seinen Ausführungen einige Leitsätze zugrunde, die in folgender Fassung mit großer Majorität angenommen wurden:

1. Gewerbekrankheit und Betriebsunfall sind Folgen der Betriebstätigkeit und daher auch in der Versicherungsgesetzgebung einheitlich zu behandeln.

2. Es muß das Bestreben von Wissenschaft und Praxis sein, die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter durch die Betriebstätigkeit einzuschränken.

3. Gewerbekrankheit und Betriebsunfall müssen durch gründliche Durchführung und umsichtigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung vorbeugend bekämpft werden. In ersterer Hinsicht ist namentlich die Heranziehung von Ärzten und Vertrauensmännern der Arbeiterschaft zur Gewerbeaufsicht notwendig, in der zweiten Richtung liegt die Verkürzung der Arbeitszeit, das Verbot der Verwendung entbehrlicher Gifstoffe und gefährlicher Arbeitsprozesse.

4. Bei der Untersuchung des Betriebsunfalles und der Festsetzung der Entschädigung ist die regelrechte Zuziehung von Arbeitervertretern und Ärzten zu fordern. Die erste Instanz für die Entscheidung soll ebenso wie das Schiedsgericht der Arbeiterversicherung von Vertretern der Versicherten und der Unternehmer besetzt sein und als lokale Rentenstelle fungieren. Hierzu haben Berufsgenossenschaft und Krankenkasse Beisitzer zu entsenden. Die Unfallversicherung wird erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn sie die Arbeiterschaft zur Mitwirkung heranzieht.“

Im weiteren sei noch erwähnt ein Referat des Herrn Pollender-Leipzig über die „Verhältnismahl bei den Krankenkassen“. Hierzu wurden folgende Leitsätze angenommen:

„Das System der Verhältnismahl ist das gerechteste und deshalb seine allgemeine Einführung durch zwingende gesetzliche Bestimmungen anzustreben, da die Verhältnismahl unter der heutigen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes als unzulässig angesehen wird, weil bei ihr nicht diejenige Freiheit und Gemeinheit der Wahl besteht, die § 37, Absatz 3 des Gesetzes gewährleistet. Das preussische Obergericht erblickt in der für die Verhältnismahl notwendigen Aufstellung der Kandidatenlisten, deren Einreichung an die die Wahl leitende Stelle, eine unmögliche Beschränkung der Wahlfreiheit, weil wenigstens eine Anzahl von Wahlberechtigten von vornherein gezwungen ist, durch Aufstellung, Unterzeichnung und Einreichung einer Vorschlagsliste öffentlich zu bekunden, wen sie wählen wollen und damit wenigstens für sich auf die Geheimhaltung der Wahl verzichten. Darnach hat die Einführung der Verhältnismahl bei den Krankenkassen eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Voraussetzung.“

**„Gerechtigkeit“.** Der „Vorwärts“ berichtet unter dem 12. August: Am Montag stand vor der Strafkammer in Königsberg ein Bauunternehmer unter der Anklage, den bei ihm beschäftigten Arbeitern Krankenkassenbeiträge in Höhe von 190,32 Mark abgezogen, die Beiträge aber der Ortskrankenkasse nicht abgeführt, vielmehr für sich verwendet zu haben. Der Angeklagte gestand die Straftat zu. Er wäre in Bedrängnis gewesen und habe das Geld zur Lohnzahlung verwendet. Die Strafkammer erklärte, der Angeklagte hat glaubhaft versichert, daß er sich in Not befunden hat. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde deshalb auf eine — Geldstrafe von 30 Mk. als „eine angemessene Sühne“ seines Vergehens erkannt. 190,32 Mk. unterschlagen, ab 30 Mk. Geldstrafe, bleibt Prämie für die Unterschlagung 160 Mk. — Vor derselben Strafkammer betrat darauf den Anklageraum ein S a f e n a r b e i t e r. Dieser hatte aus einer Wohnung 3 Mk. entwendet und in der Wohnung

auch Brot und Wurst verzehrt. Als er acht Tage später an derselben Stelle zu dieben versuchte, wurde er ertappt. Auch er gab auf Befragen an, er habe in Not gehandelt. Vor einiger Zeit habe er einen Unfall erlitten und infolge der davon getragenen Handverletzung könne er trotz wiederholt gemachter Versuche in seinem Berufe nicht mehr arbeiten. Die dem eben abgeurteilten Unternehmer gegenüber so stark zum Durchbruch gelangte milde Stimmung des Vorsitzenden — es war der aus dem Königsberger Hochverratsprozeß so bekannt gewordene Direktor Schubert — war nicht mehr vorhanden. „So, Sie wollen keine Arbeit finden können,“ entgegnete er mit erhobener Stimme dem Angeklagten. „Gehen Sie nur aufs Land, dort finden Sie auch mit Ihrer geschädigten Hand Arbeit. Aber das wollen Sie natürlich nicht. Es gefällt Ihnen besser, hier in der Stadt herumzustreichen.“ Das Urteil lautete auf — ein Jahr und sechs Monate Gefängnis! — Ein alter Staatsgrundsatz wird dem Juristen gelehrt: „Gerechtigkeit ist Grundlage des Staates.“ — Man sieht aus der Gegenüberstellung dieser beiden Urteile, sowie einer reichen Fülle ähnlicher Fälle, daß diese Staatsgrundlage sehr schmal sein kann.

**Fabrikarbeiter.** In München fand vom 3. bis 8. August der neunte Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands statt. Der Bericht des Vorstandes umfaßte die Zeit vom 1. April 1906 bis zum 31. Dezember 1907. Die Mitgliederzahl stieg von 98 386 auf 136 885. Die Fluktuation war sehr groß. Von den aufgenommenen 118 478 Mitgliedern gingen 79 979 wieder verloren. Der wirtschaftliche Niedergang brachte viel Arbeitslosigkeit. Die Unterstützung der Arbeitslosen erforderte 42 347 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Erwerbslosen 777 476,17 Mk., Streikunterstützung 962 748,45 Mk., bei Maßregelungen 57 336,69 Mk., Sterbegeld 26 617,42 Mk., Umzugsgeld 25 149,30 Mk. und für Rechtsschutz 16 166,15 Mk. Die Agitation, die besonders unter den Ziegeleiarbeitern betrieben wurde, kostete 86 547,67 Mk. Es fanden 218 Angriffstreiks und 94 Abwehrtreiks statt. An diesen waren beteiligt 21 563 männliche und 2707 weibliche Arbeiter. In den meisten Fällen handelte es sich darum, die niedrigen Löhne etwas zu verbessern oder Lohnreduzierungen abzuweisen. 173 der Streiks waren erfolgreich, 84 ohne jeden Erfolg. An 49 Aussperrungen waren 6012 männliche und 290 weibliche Mitglieder beteiligt und sind 12 Aussperrungen erfolgreich, 20 erfolglos verlaufen. Die Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen beliefen sich auf 1 161 685 Mk. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 4 090 365,02 Mk., der Bestand beträgt 1 095 002,06 Mk. — Beschlossen wurde, das Verbandsorgan „Der Proletarier“ auf 6 Seiten zu vergrößern. Die Redaktion soll berechtigt sein, bei Bedarf acht Seiten zu verwenden. Gegen eine starke Minorität wurde folgender Antrag abgelehnt: „Der Verbandstag hält den Vertrag, den der Vorstand mit dem Staatsarbeiter-Verband abgeschlossen hat, für einen verfehlten, und versagt die Zustimmung zu diesem Vertrag.“ Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war: Die Organisation der Landarbeiter. Nach lebhafter Debatte wurde mit 75 gegen 31 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Der 9. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit dem Beschluß der Konferenz der Zentralvorstände vom Dezember 1907, Gründung einer selbstständigen Organisation für Land- und Waldarbeiter, unter der Voraussetzung einverstanden, daß diese Organisation nicht auf die der Gewerbeordnung unterstehenden landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausgedehnt wird.“ Dementsprechend führt der Verband fortan den Namen „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“. Von den übrigen Beschlüssen ist noch zu erwähnen, daß Zahlstellen mit mehr als 700 Mitgliedern einen besoldeten Beamten anstellen müssen. Von den elf Vorstandsmitgliedern sollen künftig fünf besoldet werden (bisher drei). Der Beitrag soll bei Mitgliedern unter 17 Jahren 20 Pfg. betragen, doch steht es ihnen frei, den ordentlichen Beitrag zu leisten, wodurch sie Anspruch auf höhere Unterstützung erwerben. Ferner wurde es den männlichen Mitgliedern freigestellt, einen höheren Beitrag (50 Pfg.) zu zahlen. Die Unterstützungen wurden dementsprechend erhöht. Die Anmeldefrist für Angriffsbewegungen wurde von einem Monat auf zwei Monate erhöht. Zahlstellen, die im Umkreise von 15 Kilometer liegen, sowie alle, die in einem gemeinschaftlichen Wirtschafts- oder Lohngebiet liegen, haben sich unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu verschmelzen. Zahlstellen, die sich der Entscheidung des Vorstandes über eine Verschmelzung nicht fügen, kann das Material entzogen werden. Sowohl von der Redaktion wie von der bisherigen Preßkommission war beantragt worden, daß die Preßkommission abgeschafft werde und daß Beschwerden über das Verbands-

organ von dem Vorstand zu erledigen seien. Der Antrag wurde angenommen.



### „Vollblut.“

Draußen vorm Gartenzaun stand der gewaltige Hagebuttenstrauch mit seinen Tausenden von Zweigen, die so biegsam wie Florettlingen aus geschmiedetem Stahl sind, und mit roten Hagebutten bedeckt.

Aus seinem anspruchlosen Winkel konnte er einen Blick in die Pflanzungen des Gärtners werfen. Dort waren auch Rosenbüsche, aber von ganz anderem Schlage. Kleine, armselige Büsche, nicht höher als die Gießkanne. Und einige von diesen gebrechlichen Wesen waren vom Frost geschwärzt, der sie getroffen hatte, als sie gerade Früchte ansetzen wollten; andere, und das waren die meisten, waren unfruchtbar, von einer allzu feinen Rasse, um Geschlechtskraft zu besitzen, und gaben nur halb geöffnete Knospen und unreife Früchte. Er hatte sie alle vorigen Sommer gesehen, wie sie sich mit ihren roten, gelben, weißen Schmuckblüten auf den Rabatten brüsteten; aber wie sie nun die Köpfe hängen ließen und schlaff und elend aussahen!

Der Gärtner war nicht erfreut, als er diese Wohlgeborenenheiten wie Jammerlappen dastehen sah.

„Pui, wie blutlos; hier muß frisches Blut geschaffen werden!“

Und der Gärtner pflückte Hagebutten von dem wilden Strauch und setzte sie in ein Beet.

Der alte Busch fühlte sich sehr geschmeichelt, wohlherzogene Kinder zu haben, und freute sich im voraus über das glänzende Los, das ihnen bevorstand, da sie mit emsiger Fürsorge im Kampfe ums Dasein gepflegt werden würden.

Gleich beim Kommen des Frühlings fangen die jungen Hagebuttenschüßle an, in die Höhe zu wachsen, rostig und fett infolge der leckeren Kost, die sie im Garten hatten. Die Mutter betrachtet sie mit Stolz, und die kleinen wilden Geschwister, die unter Grausteinen auf sandigem Boden standen, sehen sie mit einem gewissen Neid an.

In zwei Sommern wachsen sie ebensoviel wie die wilden in vier; ihre Stämme schießen gerade in die Höhe wie ein spanisches Rohr.

Den dritten Frühling besucht der Gärtner seine Pflanzschule. Mit einem Spaten versehen, gräbt er alle Hagebuttensträucher aus und wirft die schwachen auf einen Haufen, wo sie mit blutenden Wurzeln liegen bleiben und unter den Stichen der Sonne sterben. Die starken werden in Stroh eingeschlagen, um nach der Bahnstation hin befördert zu werden, außer zweien, die er behält und sofort in ein Beet pflanzt.

Nach diesem Blutbad, das der Mutterstrauch mit klopfendem Herzen angesehen hat, zieht der Gärtner sein Messer, schneidet eine von den jungen Pflanzen in gleicher Höhe mit dem Boden ab, so daß nichts mehr von ihr zu sehen ist, und die andere dicht über der Verzweigung, so daß nur ein ganz nackter Büschel von ihr sitzen bleibt. Als dies getan ist, pflöpft er. Auf den ersten Wildstamm pflöpft er ein Auge unter der Erdoberfläche, auf den anderen eins ganz hoch in der Spitze.

Mit der Zeit wachsen die Wunden zu. Der Saft steigt infolge der Arbeit der kräftigen Wurzeln, die Knospen schwellen und bersten, und die Parasitenzweige freuen sich ihres neuen Daseins auf Kosten der Unglücklichen, die „sie mit ihrem Blut ernähren“. Und der Gärtner ist beständig auf der Lauer mit seinem Messer, um sie zu beschneiden, wenn sie ihrer unbändigen Natur nachgeben wollen.

„Seid ihr jetzt zufrieden, unglückliche Kinder,“ ruft die Mutter in Verzweiflung, „daß ihr in feine Gesellschaft gekommen seid? Habt ihr genug gekriegt von der Ehre, solche Taugenichtse auf dem Rücken zu tragen, die unfähig sind, ihre Jungen selbst zu machen?“

Und die Geschwister grinsen:

„Man amüßert sich gut in der feinen Welt, nicht wahr? Ein rechter Besenstiel bist du. Und guck nur die andere an, die hat ihr Licht unter einen Scheffel gestellt!“

Und unter der Erde stößt eine schwache Stimme ihr Angstgeschrei aus:

„Du Edelmann dort oben, ich muß hier unten arbeiten, ohne die Sonne zu schauen, und du läßt meine Säfte auf und heimst die Ehre ein. Laß mich nur los, so wirst du sehen, wer Sieger sein wird!“

Aber der Gärtner ist beständig mit seinem Messer bei der Hand. Sobald er einen „unechten“ Schuß zu Gesicht bekommt,

schneidet er ihn ab. Und die „echten“ Schüsse wachsen und breiten ihre blühenden Zweige im Sonnenschein aus; und die Frauenzimmer trippeln hintereinander auf dem Gartenweg heran und brechen in kleine Ausrufe der Bewunderung über die Rosen aus.

Es ist im Monat Juli. Der Gärtner ist nicht zu sehen. Man hört nicht mehr den Sand unter seinen Holzschuhen knirschen. Den folgenden Tag stellt er sich wieder nicht ein und auch nicht sein Messer. Die Fensterläden seiner Wohnung bleiben geschlossen, und ein Geruch nach Delokten verbreitet sich jedesmal, wenn die Tür für den Arzt geöffnet wird.

Der Gärtner liegt krank.

„Jetzt haben wir gewonnenes Spiel,“ rufen die unterdrückten Wildstämme. „Jetzt ist die Stunde da für den Kampf um Gleichheit, ohne Messer!“

„Die Stunde der Rache,“ antworten die Edelleute.

„Oder der Genugtuung, wenn ihr so wollt!“

Und die Wildstämme schießen in die Höhe. Sie arbeiten Nacht und Tag. Sie spritzen auf, sie kriechen, sie steigen in die Höhe; sie steigen, bis sie den „echten“ das Licht fortnehmen, und verzehren selbst, was ihre eifrige Arbeit denen eingebracht, und die Edelleute, die auf Hungertod gesetzt werden, fangen an, die Reise abwärts zu machen.

„Nieder mit den Blutsaugern, nieder mit ihrem Messerlum!“

Und die Blutsauger gehen unter aus Mangel an Nahrung, da sie sich nicht selbst zu ernähren vermögen. Und ihre Blätter vertrocknen, von den lebenskräftigen Arbeitern erstickt, ihre Knospen verwelken, und ihre Zweige bedecken sich mit Raupen, die sie fressen, wie die Läuse es mit dem Kindesmörder und Tyrannen Herodes machten.

Die Hagebuttensträucher genießen die Lebensfreude und bedecken sich mit Blüten, einfachen, aber kräftigen, mit all dem ausgerüstet, was den anderen fehlt. Sie feiern Hochzeit im Sonnenschein und Mondlicht, sie empfangen Besuch von Schmetterlingen und Goldbläsern, und ihre kleinen Unterleiber fangen an zu schwellen, als einen schönen Tages — die Fensterläden der Wohnung wieder geöffnet werden, der Deloktengeruch aufhört und der Sand von neuem unter den Holzschuhen des Gärtners knirscht, der daher kommt wie immer mit seinem Messer.

„Ja, solche Verräter,“ rief er aus, „sie haben Rache genommen, sie haben die armen Rosen gemordet.“

„Sie haben von ihrem Recht zu leben Gebrauch gemacht, sie haben ihr eigenes Brot gegessen, und sie haben gewiß nicht die armen Rosen gemordet, sondern sie haben mit oder gegen ihren Willen den Tod der reichen Mörder verursacht, und das alles ohne Messer.“

So murmelte der unglückliche Hagebuttenstrauch, der sich durch einen einzigen Schnitt von neuem in seinem unterirdischen Keller versteckt fand, wo er nun auf die nächste Krankheit des Gärtners warten kann, oder besser, auf Abschaffung der Herrschaft des Messers.

## Versammlungs-Berichte etc.

**m. Hiltwaller.** Am 23. August fand im Gasthof zum Deutschen Kaiser eine Konferenz für unseren Agitationsbezirk statt. Vertreter hatten entsendet die Zahlstellen Breslau, Waldenburg und Nieder-Salzbrunn. Ohne Vertretung blieb nur die Zahlstelle Sophienau. Es wurde unter anderem beschlossen, den Agitationsbezirk wie bisher zu belassen, nur zu vereinfachen in der Weise, daß jede Zahlstelle nur einen Vertreter entsendet. Das Rundschreiben der Zahlstelle Spandau, bezüglich Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung wurde einer scharfen Kritik unterzogen, sowie über die Schreibweise einzelner Zahlstellen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute stattgefundenen Sitzung des Agitationsbezirks protestiert ganz entschieden gegen die in letzter Zeit erfolgte organisations- und agitationschädliche Schreibweise in der „Amelke“ über die Beschlüsse der letzten Generalversammlung. Die anwesenden Vertreter sind der Meinung, daß eine maßlose Kritik der Mitglieder über ihre höchste Instanz die Generalversammlung sowie über die Tätigkeit ihrer Verbandsfunktionäre für unsere Organisation sogar verderblich wirken muß.“

**Bonn.** In der Versammlung vom 1. August gab uns Kollege Eisenbruch aus Köln den Bericht der Generalversammlung. Es entspann sich eine längere Debatte über die Erhöhung der Beiträge, daß mit 18 Mk. Wochenverdienst schon der höchste Klassenbeitrag gezahlt werden soll, und über das Streikmarkensystem, daß das nicht weiter besprochen ist. Es wird noch bedauert, daß in der Verschmelzungsfrage noch kein greifbares Resultat erzielt worden ist. Betreffs des Rundschreibens von Spandau, welches eine außerordentliche Generalversammlung verlangt, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, die Beschlüsse der Generalversammlung hoch zu halten.

**st. Dresden.** In vortrefflicher Weise behandelte in der Versammlung am 22. August der Arbeiterssekretär Genosse Mente die verschiedenen Lohnzahlungssysteme, Minimal- und Maximallohne, sodaß die Versammlung einen Antrag dahin gehend annahm, diesen Vortrag in einer weiteren Porzellan- und Steingutarbeiter-Versammlung nochmals

zu verwenden. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten rein lokaler Natur, wurde auch der Antrag der Zahlstelle Spandau vom Vorsitzenden verlesen und durch folgende Resolution für uns erledigt: „Die am 22. August im Volkshaus tagende Versammlung verurteilt mit aller Entschiedenheit die seit der letzten Generalversammlung in der „Amelke“ zum Ausdruck gekommene, die Organisation schädigende Tätigkeit einzelner Genossen und Zahlstellen, die nur dazu angetan sein kann, die Porzellanarbeiter in der gesamten Arbeiterbewegung als den rückständigsten Teil derselben erscheinen zu lassen. Die Versammlung fordert deshalb alle mit dem Ausbau unserer Organisation es ernst meinenden Genossen und Zahlstellen auf, den Beschlüssen der letzten Generalversammlung Geltung verschaffen zu helfen im Interesse unserer selbst. Die Versammlung geht deshalb über den Antrag der Zahlstelle Spandau zur Tagesordnung über.“

**r. Frankfurt a. M.** Unsere letzte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Generalversammlung. Von verschiedenen Seiten wurde ganz entschieden gegen eine neue Generalversammlung protestiert. Es wurde klar gelegt, was für eine schöne Summe Geld dieselbe kosten würde und daß dafür vieles andere was noch wichtiger, vollbracht werden könnte. Daß ja auch unsere Zahlstelle nicht mit der Generalversammlung ganz zufrieden war, läßt sich leicht denken; aber es jedem recht zu machen, ist wohl eine Kunst, die nicht jeder kann. Wir betrachteten uns die Statistik über Beamtenlöhne in anderen Verbänden und ersehen daraus, daß unser Vorstand noch am schlechtesten bezahlt wird. Also wollen wir uns darüber nicht weiter streiten. Was sollen Unberufene von dem Gebaren der einzelnen Zahlstellen, dem Verband gegenüber, denken? Sie freuen sich darüber, wie sich die Mitglieder gegenseitig aufreiben, das wäre so ein Spaß für unsere Gegner. Das Verhalten der Zahlstelle Spandau wurde streng verurteilt. Es wäre auf jeden Fall besser, wenn solche Berichte, wie von einzelnen Zahlstellen in der „Amelke“ ständen, überhaupt nicht aufgenommen würden, da sie wohl nicht dazu angetan sind, neue Mitglieder heran zu ziehen, eher noch welche vertreiben. Zum Schluß der Versammlung ließ dann folgender Antrag ein: „Die unreifen Kollegen möchten doch mit der Generalversammlung zufrieden sein. Für das Geld, was eine neue Generalversammlung kosten würde, lieber 2-3 Gauleiter anzustellen und so schnell wie möglich eine Verschmelzung mit den verwandten Berufen herbei zu führen.“ Wollten sich hieran auch die anderen Zahlstellen halten.

**k. Gera.** Die am 22. August tagende Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Antrag Spandau, betreffs der außerordentlichen Generalversammlung. Die Versammlung lehnt nach längerer, sehr lebhafter Diskussion den Antrag ab. Die Mitglieder sind der Meinung, daß eine außerordentliche Generalversammlung auch nichts besseres zu Stande bringt. Die Kosten von ungefähr 10-12 000 Mark würden bei der jetzigen Geldkalamität besser zu verwenden sein. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Vorstandsbeamten auch viel zur Beruhigung der Mitglieder beitragen würden, wenn sie z. B. auf die rückwirkende Kraft betreffs Gehaltserhöhung verzichteten. Ueber die Ferien-Entschädigung fällt manches harte Wort. Es fällt einem tatsächlich auf, in einem Moment für nicht benutzte Ferien Geld zu verlangen und zu gleicher Zeit 6 Wochen ins Bad zu reisen. Außerdem sind wir der Meinung, daß Vorstandsbeamte mit ziemlich langer Tätigkeit nicht noch einen Kursus in der Rednerschule durch zu machen brauchen. Daß über die Beschlüsse der Generalversammlung keine Mitgliederabstimmung stattfinden kann, erregt bei der ganzen Versammlung Kopfschütteln.

**m. Langenau.** Die am 15. August stattgefundenen Zahlstellenversammlung beschäftigte sich auch unter anderem mit der Zuschrift der Zahlstelle Spandau, betreffs Veranstaltung einer außerordentlichen Generalversammlung. Obwohl die Genossen der Zahlstelle mit einigen Beschlüssen der letzten Generalversammlung nicht recht einverstanden waren, so wurde doch der Antrag der Zahlstelle Spandau einstimmig abgelehnt. Uebrigens können wir das Verhalten einiger Zahlstellen nicht begreifen. Sind diese vielleicht gesonnen, nochmals Delegierte nach Berlin zu schicken, Unkosten herauf zu beschwören und werden dann mit teinen anderen Beschlüssen zurück kehren können wie die jetzigen Delegierten? Wir ersuchen deshalb alle Zahlstellen, gegen den Antrag der Zahlstelle Spandau Protest einzulegen, damit wir nicht unnötige Ausgaben zu bestreiten haben.

**l. Magdeburg.** Die letzte Versammlung war ziemlich gut besucht. Genosse Jüll erstattete den Rassenbericht. Unter Punkt Kartellbericht ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß Gewerkschaftsmitglieder als Turner sich dem Arbeiterturnerbund anschließen. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Carstens sollen in einer Betriebsversammlung erörtert werden. Hierauf hielt Arbeiterssekretär Mößlinger einen Vortrag über die wirtschaftliche Krise. Redner legte dar, wie der Arbeiter immer der Geschädigte ist. In guten Zeiten wird er angetrieben, muß Überstunden machen usw. bis der Markt überfüllt ist, dann wird die Arbeitszeit gekürzt, Entlassungen werden vorgenommen und außerdem sucht man die Löhne herab zu setzen. So lange wir unter dem Zustand leben, daß das Privatkapital in den Händen Einzelner sich befindet, werden wir unter diesen Erscheinungen zu leiden haben. Auch künstliche Krisen können eintreten. Diese werden von den Unternehmern herbei geführt, um den Preis der Waren in die Höhe zu treiben. Dasselbe ist mit den Naturerzeugnissen der Fall. Während wir hierzu wenig Getreide haben, haben es andere Länder im Überfluß. Auch das kommt davon, daß mit den Naturprodukten Spekulation getrieben wird. Obwohl wir alles in vollendetster Technik (Dampfkraft, Wasserstraßen usw.) haben, alles spielend hergestellt werden kann, trotzdem leidet die Menschheit größte Not. Redner verweist darauf, wie die Krise auf das Familienleben eingreift, Verbrecher züchtet, den Alkoholkonsum steigert, Bankrotte hervorruft usw. Angesichts dieser Zustände, Mangel an Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Haushaltungsgegenständen, obwohl von allem viel zu viel vorhanden ist, sollte man meinen, daß die Arbeiterschaft eingesehen habe, daß es Zeit ist, daß an die Stelle der kapitalistischen Produktionsmethode die sozialistische treten muß. Aber leider ist die Zahl der Charakter-schwachen zu groß, die Heuchelei, die Kriecherei, alles wächst an. In dieser Zeit stinkt der Staat auf neue Steuern. Die notwendigsten Lebensmittel sollen versteuert werden, anstatt für die Arbeitslosen zu sorgen. Denn in der Arbeit beruht doch der Staat. Aber von dem Staat seiner heutigen Verfassung haben wir nichts zu erwarten. Es bleibt demnach der

Arbeiterchaft alles überlassen, hier einzugreifen. Diese Produktionsmethode muß abgelöst werden, indem alles in den Besitz der Gesamtheit übergeht. Diese soll die Güter benutzen, um Kulturgüter daraus zu schaffen. Aber eines resultiert noch aus der Krise, das ist den Sozialismus in die Köpfe zu bringen. Nützen wir deshalb die Zeit aus, auf diesem Gebiet zu lernen, einzugreifen in das Rad der Entwicklung. Damit wenigstens, wenn wir es nicht erleben sollten, unsere Nachkommen nicht mehr unter diesem Widerstand zu leiden haben. Reicher Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. Ueber das Schreiben der Zahlstelle Spandau, betreffs Einberufung einer zweiten Generalversammlung, wird zur Tagesordnung übergegangen.

**W. Meuselwitz.** Die letzte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Antrag Spandau, betreffs Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Es wurde seitens der Zahlstelle an dem Beschluß, eine Mitgliederabstimmung herbei zu führen, fest gehalten, da die Unkosten einer Generalversammlung doch zu hoch sein würden. Zu gleicher Zeit wurde ein Antrag angenommen, falls eine Mitgliederabstimmung nicht stattfindet, dem Antrage Spandau zuzustimmen. Wir fordern daher die Zahlstellen auf, welche uns gleich gestimmt sind, uns dies mitzuteilen. Folgende Punkte sollen der Mitgliederabstimmung unterbreitet werden: 1. Den Beschluß aufzuheben, daß über Generalversammlungsbeschlüsse keine Mitgliederabstimmungen stattfinden dürfen. Begründung: Um die allgemeine Meinung der Mitglieder nicht zu unterdrücken. 2. Die Gehaltserhöhung nur von diesem Jahre ab zu bewilligen. Begründung: Finanzielle Lage der Kasse. 3. Der Vorstand hat künftig seine Geschäftsberichte schriftlich vor der Generalversammlung den Delegierten und Verwaltungen zuzusenden. Begründung: Damit der Bericht nicht 3-4 Tage in Anspruch nimmt und um nicht über die Anträge so schnell hinweg gehen zu müssen. 4. Der Vorstand hat seine sämtlichen Anträge vor der Generalversammlung in der „Ameise“ zu veröffentlichen. Begründung: Indem der Vorstand schon vor der Generalversammlung weiß, was für Anträge er stellen will, und die Mitglieder den letzten Dringlichkeitsantrag als solchen nicht anerkennen können.

**h. Pöpsneck.** In der letzten Versammlung wurde hauptsächlich der Antrag Spandau, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung betreffend, erörtert. In der Diskussion trat zu Tage, daß die Mitglieder nicht mit allen Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind, jedoch aus finanziellen Gründen von einer außerordentlichen Generalversammlung Abstand nehmen, und wurde deshalb der Antrag Spandau einstimmig abgelehnt. Des weiteren wünschen die hiesigen Mitglieder, daß die unliebsamen persönlichen Polemiken endlich mehr ins sachliche Fahrwasser übergehen, denn wer nicht sachlich bleiben kann, soll es unterlassen zu schreiben. Es kann doch nicht im Interesse des Verbandes gehandelt sein, wenn man auf solche Art und Weise den Gegnern Wasser auf die Mühle schafft, auch kann den übrigen Kollegen nicht zugemutet werden, daß sie in ihrem Fachblatt fast ausschließlich persönlichen Zank zu lesen bekommen und nützliche Abhandlungen vernachlässigt werden.

**v. Rehau.** Die am 8. August stattgefundene Zahlstellenversammlung war ziemlich gut besucht im Verhältnis der Mitgliederzahl am Orte. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, waren es hauptsächlich die Verhältnisse in der Porzellanfabrik Hertel, Jakob & Co., gegen die die Versammlung ganz energisch protestierte. So zum Beispiel wurde angeführt, daß die Firma erklärt habe, ihren Obermaler F. auf keinen Fall zu entlassen, lieber entläßt sie die sämtlichen anderen Arbeiter. Ueber F. stillches Betragen kursierten schon Gerüchte, welche auch der Firma nicht unbekannt blieben — doch F. klagte nicht. Aber der Mann ist gut, weil er es versteht, die Preise zu drücken. — Recht lebhaft gestaltete sich auch die Diskussion über den Antrag Spandau. Es wurden hauptsächlich verschiedene Generalversammlungsbeschlüsse noch einmal unter die Lupe genommen, mit denen die meisten Mitglieder nicht einverstanden waren. Nachdem der Delegierte des Bezirks, und noch ein weiterer, der hier gegenwärtig arbeitet, diese Beschlüsse noch warm verteidigten und auch die Mitglieder die angeführten Gründe teilweise einsahen, kam man zu dem Beschluß, den Antrag Spandau, betreffs Herbeiführung einer außerordentlichen Generalversammlung abzulehnen. Es wurde hierbei hauptsächlich betont, daß viele Mitglieder Gegner dieser Beschlüsse sind, die Disziplin aber, die einem Gewerkschaftler eigen sein muß, auf jeden Fall hoch zu halten und zu wahren ist. Die Versammlung erkennt an, daß die Delegierten keine leichte Aufgabe hatten, sie verlangt aber auch, daß in Zukunft die Delegierten, respektive die Generalversammlung, die Lage und Verhältnisse der Mitglieder mehr im Auge behalten und die Rechte der Mitglieder mehr verteidigen sollen, um solchen unliebsamen Debatten vorzubeugen. Ein Appell des Vorsitzenden, daß die Mitglieder auch fernerhin treu zur Organisation halten möchten, wurde beifällig aufgenommen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**v. Rudolstadt.** Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten ergriff Genosse Seelmann-Kronach das Wort zu einem Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Seelmann erläuterte die wirtschaftliche Entwicklung der alten Kulturvölker und der folgenden Epochen bis er auf unsere gegenwärtige Lage mit ihren großen Krisen zu sprechen kam, unter welchen in erster Linie die Arbeiter zu leiden haben. Aus alle dem ergibt sich mit Naturnotwendigkeit die Pflicht für die Arbeiter, schon in Anbetracht der starken Unternehmerverbände, sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet fester denn je zusammen zu schließen. Genosse Seelmann konstatierte, daß diese Erkenntnis gerade in unseren Reihen nicht in dem Maße eingedrungen ist, wie man es von einer auch nur halbwegs intelligenten Industriearbeiterchaft verlangen könnte. Im weiteren Verlaufe kam Seelmann auf unsere letzte Generalversammlung zu sprechen und erläuterte und begründete die gefaßten Beschlüsse in ausgiebiger Weise. Am Schluß empfahl er den Zahlstellenverwaltungen, ihre Versammlungen geistig anregender zu gestalten und in der Agitation mehr taktische Klugheit maßgebend sein zu lassen. In der Diskussion kritisierten viele Mitglieder scharf die Beschlüsse der Generalversammlung und erklärten, daß auch Genosse Seelmann sie nicht von der Richtigkeit derselben überzeugen könne. Fast alle Redner betonten jedoch, daß sie die Finanzreform im Interesse des Ver-

bandes begrüßen. Am schärfsten wurde das gänzliche Verbot der Urabstimmungen über Generalversammlungsbeschlüsse verurteilt. Dasselbe wurde als eine engherzige Unklugheit bezeichnet, weil die Mitglieder, wenn sie in einschneidenden Fragen ihr Gewicht in die Waagschale werfen wollen, zu derartigen monströsen Anträgen gedrängt werden, wie die Zahlstelle Spandau bei ihrem Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Ferner wurde die Taktik des Hauptvorstandes gerügt mit seinen stets weitgehenden Anträgen erst kurz vor der Generalversammlung heraus zu rücken, weil dadurch den Mitgliedern die Möglichkeit der Diskussion und des Verständnisses für so einschneidende Fragen, wie die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und dergleichen vorweg genommen ist. In seinem Schlußwort ging Genosse Seelmann auf alle Einwendungen der Diskussionsredner ausführlich ein und versuchte zu widerlegen was nach seiner Meinung unstimmtig ist. Eine Resolution, welche besagt, daß sich die Versammlung mit allen Ausführungen des Genossen Seelmann, soweit sie die Generalversammlungsbeschlüsse betreffen, einverstanden erklärt, wurde abgelehnt. Angenommen wurde folgende Resolution: „Die heute tagende Zahlstellenversammlung erklärt: Wenn wir auch nicht mit allen Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind, so unterwerfen wir uns denselben jedoch im Interesse der Disziplin und des Verbandes.“ Hierauf wurde der Antrag der Zahlstelle Spandau einstimmig abgelehnt.

**h. Volkstedt.** Am 21. August referierte Genosse Seelmann-Kronach in einer von über 100 Personen besuchten Versammlung der Zahlstellen Volkstedt und Schwarzka über: „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland.“ Im Anschluß daran sprach der Redner über die wichtigsten Beschlüsse der letzten Generalversammlung und wie agitieren wir in Zukunft. Hierbei betonte der Redner, daß nur die Fälle Unterweißbach, Raghütte und Großbreitenbach einen großen Teil der Generalversammlung in Anspruch genommen haben. Er rügte hauptsächlich die Ungeheuerlichkeit einzelner Personen, die sich dabei als Führer aufgespielt haben. Hierbei bleibt auch der Gauleiter Hoffmann nicht unberührt. Die Gehaltserhöhung des Vorstandes, die in Mitgliederkreisen so viel Staub aufgewirbelt hat, bezeichnete Redner als eine Angelegenheit, die schon in früheren Generalversammlungen ihre Erledigung hätte finden müssen. Das Ansinnen der Zahlstelle Spandau, eine außerordentliche Generalversammlung zu ermöglichen, verwarf Redner aufs entschiedenste, da eine solche, wollte sie unsere Organisation existenzfähig erhalten, auch nichts anderes beschließen könnte. Längere Ausführungen machte Redner ebenfalls über unsere zukünftige Agitation. Er bemerkte hierzu, daß neugeworbene Mitglieder mindestens ein Jahr von den Zahlstellenverwaltungen im Auge behalten werden müssen, um dieselben erst aufzuklären nach jeder Richtung hin. Mit denselben müsse man auch einen gesellschaftlichen Verkehr pflegen und sie auch auf diese Weise zu kampffähigen Kollegen erziehen, so daß es nicht mehr vorkommt, daß viele Mitglieder beim ersten Anprall eines Kampfes fahnenflüchtig werden. Nach ausgiebiger Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige kombinierte Zahlstellenversammlung von Volkstedt und Schwarzka, erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Seelmann vollständig einverstanden, und sie weist das Ansinnen der Zahlstelle Spandau, eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, scharf zurück. Die Versammlung bedauert aufs höchste die Art und Weise, wie Kollegen in der Ameise den Zweck und die Ziele der Organisation durch die heftigen Ausfälle schädigen, und fordert mit aller Energie, daß diesem Standal endlich einmal die Spitze abgedrochen wird.“

**n. Weißwaller.** In der am 15. August stattgefundenen Zahlstellenversammlung gab der Vorsitzende die Zuschrift der Zahlstelle Spandau der Versammlung zur Kenntnis. Die Versammlung lehnt eine Unterstützung der Zahlstelle Spandau, zwecks Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, strikte ab. Wenn die Beschlüsse einer Generalversammlung so ohne weiteres durch neue ersetzt werden sollen, wird das Vertrauen, welches die Mitglieder zur Generalversammlung, unserer obersten Instanz, haben sollten, in fühlbarster Weise erschüttert. Die unmöglichsten Konsequenzen müssen eintreten, denn auch die von einer außerordentlichen Generalversammlung gefaßten Beschlüsse dürften kaum den Wünschen aller Mitglieder vollkommen entsprechen und dasselbe Treiben würde von neuem beginnen. Daß dieser Zustand zur Gesundung der Organisation beitragen könnte, wird kein wirklich aufrichtiger Verbandskollege behaupten wollen. Vielleicht befinden sich die Antragsteller eines Besseren und ziehen diesen Antrag wieder zurück. Es wäre jedenfalls besser gestellt um das Wohl des Verbandes, wenn die Zeit und Ausdauer, welche vielfach mit kleinlichen Dingen vergeudet wird, der Betätigung der wirklichen Tendenzen der Arbeiterbewegung zu gute käme. Es hätte in den Zahlstellenversammlungen von den Funktionären darauf hingewiesen werden sollen, daß unser Verband keine melkende Kuh, sondern eine Kampforganisation sein soll und wo gekämpft wird, muß logischer Weise Munition beschafft und müssen Opfer gebracht werden. Ein Antrag, wie der von der Zahlstelle Spandau dürfte dann zu den Unmöglichkeiten gehören.

**h. Wittenberg.** In der am 15. August stattgefundenen ziemlich gut besuchten Zahlstellenversammlung gab der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal 1908. Darnach ist eine Gesamteinnahme von 620,06 Mk. zu verzeichnen, dem gegenüber steht eine Ausgabe von 514,81 Mk., bleibt Bestand 105,25 Mk. Die Kasse ist von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden worden, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Beim nächsten Punkt, Antrag Spandau betreffend, entspinnt sich eine längere jedoch sehr sachliche Debatte. Letztere endete mit der einstimmigen Annahme nachstehenden Antrages: „Den Antrag Spandau (Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung betreffend) so lange zurück zu stellen, bis das Protokoll der letzten Generalversammlung erschienen ist und von jedem Mitglied gewissenhaft durchstudiert worden; erst dann soll über den Antrag Spandau eventuell weiter verhandelt werden.“ Aus dem Kartellbericht ist hervor zu heben, daß das Gewerkschaftsfest nicht am 28. August, sondern am 6. September stattfindet.

### Sterbetafel.

**Hüttensteinach.** Anton Palmberger, Dreher, geb. am 28. 4. 1878 in Znaim (Böhmen), gest. am 28. August an der Porzellinerkrankheit.

**Meißen.** Oskar Mißbach, Maler, geboren am 10. September 1886 zu Chemnitz, gestorben am 25. August 1908 in Meißen infolge Herzschlag. Krankheitsdauer 4 Tage.

**Stadtilm.** Ida Bauer, Gießerin, geb. am 7. 2. 1878, gest. am 18. August 1908 an Unterleibstuberkulose. Krankheitsdauer 8 Wochen.

**Cettau.** Das Mitglied Minna Barth, geboren am 4. Dezember 1891, gestorben am 28. August 1908. Krankheit Gehirnhautentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

### Adressen-Änderungen

**Kolmar.** W. Franz Rindzinski, Dreher, Schulstr. 4.

**Kronach.** W. Peter Weber, Dreher, Fiegelanger 886. —  
Hv. Johann Zollmann, Stanger. Pfählinger 410a und Adam Schmidt, Dreher, Neuses. Schf. Johann Graf, Maler, Kobacher Str. 211k.

**Ohrdruf.** Rff. W. Habermann, Brückenstr. 84.

### Versammlungs-Anzeigen

**Althaldensleben.** Sonnabend, 12. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Wlth. Peters. Bibliothekbücher mit bringen.

**Arzberg.** Sonnabend, 12. September. Sämtliche Bibliothekbücher einliefern.

**Berlin.** Sonnabend, 5. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, **Schildermaler** bei Engel, Seidelstr. 30. **Vortrag.** — Montag, 7. September, 9 Uhr, **Plafatmaler** Brunnenstr. 8. — Sonnabend, 12. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, **Verwaltungs-Sitzung** im Bureau.

**Bonn.** Sonnabend, 5. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Volkshaus, Sandkaule 13.

**Bunzlau.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, im „Deutschen Reich“

**Cassel.** Sonnabend, 5. September.

**Charlottenburg.** Sonnabend, 12. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Volkshaus Kottbuserstr. 8.

**Cöln.** Donnerstag, 10. September, 9 Uhr, im Lokal Rauen, Schaafenstr. 1-3, „Wissenschaftlicher Vortrag.“

**Döbeln i. S.** Sonnabend, 5. September, bei Schmidt, Neugasse.

**Eilenberg.** Sonnabend, den 12. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gambirtus.

**Ellerwerda.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, im Kronprinz.

**Frankfurt a. M.** Sonnabend, 12. September, bei Gittfried, Sachsenhausen, Große Rittergasse 56.

**Gaggenau.** Mittwoch, 9. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der Volkshalle.

**Gräfenroda.** Sonnabend, 5. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bei Wächter

**Germersheim.** Sonnabend, 5. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gasthaus zum Mohren.

**Gelchwenda.** Sonntag, 6. September, 3 Uhr, im Gasthof „Zum Thüringer Wald“.

**Großbreitenbach.** Sonnabend, 5. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Hirsch“, vereinigte Sitzung der Zahlstellenverwaltung, sowie der Gruppen- und Personalverwaltungen. Kein Mitglied darf fehlen. — Sonnabend, 12. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Zahlstellenversammlung im „Hirsch“. Wichtige Tagesordnung.

**Hermesdorf.** Sonnabend, 5. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Zentralthalle.

**Höhr.** Montag, 7. September, abends 9 Uhr, bei Gastwirt Joh. Löhner.

**Ilmenau.** Sonnabend, 12. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der „Rosenau“.

**Kahla.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, im „Thüringer Hof“, Löbischg.

**Krummenaab.** Sonnabend, 12. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Langwieseln.** Sonnabend, 12. September, 9 Uhr, im Felsenkeller.

**Meißen.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, im Sämerhaus.

**München.** Sonnabend, 5. September, im Restaurant Klinik.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 12. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Herzog Rosche.

**Nürnberg.** Dienstag, 15. September, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse 13. Referent Genosse Zietsch.

**Ohrdruf.** Montag, 7. September, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, auf Alts Felsenkeller.

**Pankow.** Freitag, 4. September.

**Roßlau.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, in der „Krone.“

**Schmiedefeld.** Sonnabend, 5. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Walter.

**Selb-Plößberg.** Sonnabend, 5. September, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei G. Schramm.

**Spandau.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, bei Lumma, Weißensburgerstr. 24.

**Suhl.** Sonnabend, 5. September, nachmittag, 3 Uhr, in Albrechts bei Gastwirt Hilsenberg.

**Cettau.** Montag, 7. September, 9 Uhr, Versammlung. Bibliothekbücher sind abzuliefern.

**Ciefernfurt.** Sonnabend, 5. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in der Brauerei.

**Untermhaus.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, in der Hockschänke.

**Vegeßack.** Sonnabend, 5. September 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Oberbeck.

**Weißwaller.** Sonnabend, 5. September, 8 Uhr, im Cafe Zentral.

### Anzeigen

**Reichenbach.** Wir ersuchen die Zahlstellen, uns die Adresse des Mitgliedes Otto Roser, Dreher, mitzutheilen. Die Verwaltung.

**Quittung.** Für unser krankes Mitglied Berthold Gutkaß gingen ein: Zell a. S. 10,—. Neuhaldensleben 10,—. Cassel 5,—. Markt-Leuthen 5,—. Bonn 3,—. Selb (Stadt) 10,—. Nymphenburg 10,—. Tirschenreuth 8,—. Dresden 10,—. Arzberg 15,—. Manheim-Räfertal 2,80. Köppelsdorf 5,—. Vohenstrauß 18,90. Schönwald 10,—. Hermersdorf 5,—. Annaburg 14,20. Staffelsheim 5,70. Mitterteich 11,85. Summa 158,95 Mk. Den Gubern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Zahlstelle Markredwitz.

**Berlin.** Sonntag, den 13. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal) **Lichtbilder-Vortrag:** Die vulkanischen Erscheinungen und ihre Ursachen. **Eintritt für Mitglieder frei.** Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste 20 Pfg. Nach dem Vortrag **gemütliches Beisammensein** und Tanz. Das Komitee.

**Kronach.** Sonntag, 13. September, nachmittag Punkt 1 Uhr: Zahlstellenversammlung im Bamberger Tor. Vortrag über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Referent: Genosse Zietsch-Charlottenburg.

**Rudolstadt.** Die Zahlstelle Rudolstadt ersucht die Kollegen und Zahlstellen den Aufenthalt des Drehers Christian Fejn nach hier gelangen zu lassen weil selbiger sofort hier in Arbeit treten kann.

**Schönwald.** Mitglieder, welche Bibliothekbücher in Händen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben bis zum 5. September beim Bibliothekar Kulzer zwecks Kontrolle abzugeben, widrigenfalls der betreffende Betrag der Bücher ersetzt werden muß.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

### Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

**Berlin.** Wir machen darauf aufmerksam, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit hier am Ort stark in Erscheinung tritt, und wolle man deshalb sich stets nur an den Arbeitsnachweis, Berlin SO 26, Naumynstr. 84 J, wenden.

**Frankfurt a. M.** Der Arbeitsnachweis für Frankfurt a. M. Offenbach befindet sich bis auf weiteres bei Gittfried Sachsenhausen, Große Rittergasse 56. Die Kollegen wollen hiervon Notiz nehmen.

**Nürnberg.** Vor Arbeitsannahme bei der Firma Gebr. Goldschmidt mögen sich die Kollegen bei der hiesigen Verwaltung erkundigen.

**Scheibenmodelleur,** in seinem Fach erfahren, Spezialität elektro-technische Artikel, sucht Stellung in einer kleinen Porzellanfabrik, eventuell auch zur Beaufsichtigung des Fabrikationszweiges. Offerten unter Th. U. 65 an die „Ameise“ erbeten.

**Porzellanmaler,** sehr gut im Zeichnen sowie mit Stahl u. Bunt-druck bestens vertraut, sucht sofortige eventl. auch andere passende Stellung. Offerten unter P. B. an die „Ameise“ erbeten.

**Schriftenmaler,** firm in Grab-, Firmen- und Emaille-Schilder, sucht baldigst Stellung. Offerten unter U. G. an die „Ameise“ erbeten.

**Tüchtige Schriftenmaler** auf Emailschilder für dauernde Stellung gesucht. Lohnansprüche und Muster an Ernst Heené, Emailschilderfabrik, Germersheim.

Preis der 2 gespaltenen Pettzelle 30 Pfennig

### Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

**Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.**

### Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und iontliche

goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eilenberg S.-A. Aeltestes Geschäft dieser Art.**

**Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen.** Machen Sie einen Versuch und senden Sie Ihre Goldschmiere usw., andere Sachen an **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grimmitzauerstr. 18. Höchste Preise. Schnelle Bedienung.

**Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 32.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen Red. u. Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.